

„Das deutsche Verständnis für Israel schwindet“

ISRAEL 50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen: Der ehemalige Botschafter Avi Primor hat sich nie gescheut, auch die eigene Regierung anzugreifen. Heute ermuntert er die Deutschen, einen ehrlichen Dialog mit Israel zu führen, zu dem auch Kritik gehöre

INTERVIEW SUSANNE KNAUL

taz: Herr Primor, Sie waren gerade 30 Jahre alt, als Israel und die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufnahmen. Was haben Sie damals gedacht?
Avi Primor: Ich erinnere mich zunächst an 1952, als die Regierung von David Ben-Gurion darüber entschied, mit Deutschland über Wiedergutmachungszahlungen zu verhandeln. Ich zählte zu denen, die sehr dagegen waren. Das war typisch für meine Generation. 1965 sah ich schon ein, dass es ein israelisches Interesse war, Beziehungen zu Deutschland aufzunehmen. Ich persönlich wollte allerdings nichts damit zu tun haben.
Wie kam es zu Ihrem veränderten Verhältnis zu Deutschland?
 Das war ein schrittweiser Prozess. Sehen Sie, das Wiedergutmachungsabkommen ging anfangs nicht um Geld, sondern um die Lieferung von Industriegütern. Niemand wollte mit Israel kooperieren. Es gab den arabischen Boykott, und Ben-Gurion behauptete, es sei die deutsche moralische Pflicht, denen, die mit tiefen Narben den Holocaust überlebt haben, ein neues Leben



David Ben-Gurion, Ministerpräsident von Israel, und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer vereinbarten deutsche Investitionen in Israel Foto: dpa

Avi Primor

(Jahrgang 1935) war von 1993 bis 1999 Botschafter in Deutschland. 2004 gründete er das Zentrum für Europäische Studien in Herzlija.



Foto: dpa

zu ermöglichen. Er wollte Investitionen in Form von Maschinen, Frachtschiffen und Lokomotiven. Bundeskanzler Konrad Adenauer passte das gut. Es war ihm lieber, als Bargeld zu überweisen. Nun brauchte man Leute, die bereit waren, nach Deutschland zu gehen, Fachkräfte, die sich erklären lassen, wie die Maschinen zu handhaben sind. Im Laufe der 50er Jahre entwickelten sich dadurch zwischenmenschliche Beziehungen, die für mich bis heute die Stützpfeiler der Beziehungen sind, denn sie sind viel tiefergehend als die Beziehungen zwischen Behörden.
Gab es für Sie so etwas wie ein Schlüsselerlebnis?
 Ich kann mich erinnern, wie erstaunt ich 1961 darüber war, dass

so viele deutsche Journalisten nach Jerusalem gekommen waren, um den Eichmann-Prozess zu verfolgen. Unsere Kritik an Deutschland war ja, dass die Deutschen ihre Vergangenheit verdrängen. Hier kamen nun Scharen von Journalisten und stellten unser Bild von Deutschland auf den Kopf. Dasselbe passierte noch einmal mit dem Auschwitz-Prozess und dann noch einmal mit der 68er Bewegung. Ich hatte wirklich sehr viel Widerstand in mir, aber ich sah die Jugendlichen, die nichts mehr verdrängen wollten. Und schließlich die Europapolitik – wir mussten erkennen, dass Deutschland kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland anstrebte. Meine

intellektuelle Meinung über Deutschland hat sich ununterbrochen verbessert, trotzdem bin ich erst in den 90er Jahren, als ich Botschafter wurde, nach Deutschland gereist.
Würden Sie zustimmen, dass das Verhältnis von Deutschland aus eher durch Verpflichtungen geprägt ist und von Israel aus eher durch Interessen?
 Als ich nach Deutschland ging, dachte ich, dass ich mit der Vergangenheit nicht mehr viel zu tun haben würde. Ich wollte mich auf die konkrete Zusammenarbeit der Gegenwart und Zukunft konzentrieren. Tatsächlich musste ich mich sehr viel mit der Vergangenheit beschäftigen, weil mich die Deutschen bei jeder Gelegenheit darauf anspra-

chen. Ich halte Deutschland für vorbildlich in Sachen Gewissensforschung. Heute ist es nicht viel anders, auch wenn Gegenwart und Zukunft wichtiger werden und die Zusammenarbeit, aber die Vergangenheit schwebt immer noch im Hinterkopf, vor allem weil die Deutschen es so wollen.
Wie sehen Sie die Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen?
 Ich mache mir große Sorgen über die Beziehungen mit Deutschland, die für Israel unentbehrlich geworden sind. Deutschland ist nach den USA unser größter Partner weltweit, in dem Bereich Wissenschaft und Forschung ist die Kooperation sogar noch enger als mit den

USA. Die Wurzel, die diese Zusammenarbeit solide macht, sind die zwischenmenschlichen Beziehungen. Wir müssen mit dem deutschen Volk zusammenarbeiten. Wir brauchen das deutsche Verständnis für uns, und das schwindet. Das Verständnis für unsere Politik im Nahen Osten schwindet in ganz Europa. Der Unterschied zwischen Deutschland und den anderen ist, dass die anderen offen mit uns darüber sprechen, während die Deutschen noch immer gehemmt sind und die Kritik nur am Stammtisch äußern, anstatt sie uns mitzuteilen. Die sachliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel ist noch nicht beeinträchtigt, und die Regierungen auf beiden Seiten wollen, dass das so bleibt. Aber wenn wir die öffentliche Meinung in Deutschland verlieren, und das passiert schrittweise, dann wird die Bundesregierung das irgendwann nicht mehr ignorieren können. Ich plädiere für einen ehrlichen Dialog, zu dem auch Kritik gehört.
Kann Deutschland eine Rolle spielen im nächstlichen Friedensprozess?
 Wer einen Friedensprozess im Nahen Osten erzwingen kann, sind die USA. Alleine werden sie es nicht tun, und es gibt es nur einen potenziellen Partner: die Europäische Union. Die EU wiederum wird nichts tun ohne Deutschland, und die Deutschen halten sich zurück, weil sie in Bezug auf Israel gehemmt sind. Das ist für die israelische Regierung gut, aber nicht für Israel. Wenn die Deutschen aktiver innerhalb der EU agieren würden, damit die EU den Amerikanern den Rücken stärkt, dann könnte etwas in Bewegung kommen. Die neue Regierung in Jerusalem ist dem Friedensprozess nicht gewachsen. Auch die palästinensische Regierung ist nicht in der Lage dazu, wengleich aus anderen Gründen, deshalb brauchen wir die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Ohne die EU wird es nicht gehen, und ohne Deutschland wird es die EU nicht machen.

Distanz zum Nachbarn gewünscht

GRENZE Der deutsch-polnische Brückenpark zwischen Görlitz und Zgorzelec an der Neiße kommt vorerst nicht zustande. Es gibt Ressentiments gegen einen grenzüberschreitenden Park und zu wenig Geld

DRESDEN taz | Görlitz ist die östlichste Stadt Deutschlands, der östlich der Neiße gelegene Teil der Stadt wurde durch die Grenzbeziehung in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg abgetrennt und bildet seitdem die eigenständige polnische Stadt Zgorzelec. Deshalb hat sich Görlitz seither als Brückenkopf nach Osteuropa verstanden. Die Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2010, wobei Görlitz damals gegen den Mitbewerber Essen unterlag, fußte wesentlich auf diesem Verständigungsgedanken. Eine neue Fußgängerbrücke mit einem fast zwei Kilometer langen Brückenpark an beiden Ufern sollte Görlitz mit Zgorzelec verbinden. Doch Widerstände der AfD, ein Bürgerbegehren und die Fördermittelpolitik des Bundes haben eine Realisierung dieses Projekts vorerst verhindert.
 Ideen für einen grenzüberschreitenden Uferpark existieren bereits seit den 1990er Jahren. Im November 2013 verständigten sich die Stadträte von Gör-

litz und Zgorzelec auf das Grundkonzept und seine Umsetzung. Ein Jahr später fasste der Görlitzer Stadtrat einen Grundsatzbeschluss zur Errichtung der neuen Fußgängerbrücke am Lindenberg. Veranschlagt waren lediglich Eigenmittel in Höhe von 180.000 Euro, es winkte eine 90-prozentige Förderung durch ein Städtebauprogramm des Bundes.
 Gegen diesen Beschluss startete die nicht im Stadtrat vertretene AfD ein Bürgerbegehren mit dem Ziel, einen Bürgerentscheid über den Brückenbau herbeizuführen. Initiator Detlef Renner legt zwar Wert darauf, dies als Privatperson getan zu haben. Doch es waren vor allem AfD-Mitglieder, die mehr als die doppelte Zahl der erforderlichen 2.295 Unterschriften sammelten. Welche antipolnischen Ressentiments hinter dem Bürgerbegehren stecken, zeigt ein satirischer Beitrag des Bloggers Mike Altmann. Die Brücke nutze nur den „Polacken“, die

dann mit den geklauten deutschen Sachen schneller zu Hause seien.
 Das Argument, die Stadt solle ihren Mittelanteil sinnvoller einsetzen, hält CDU-Stadtrat und Landtagsmitglied Octavian Ursu für fadenscheinig. Allein die notwendige Fluchttreppe an der Musikschule habe 300.000 Euro gekostet. Der Bund kam nun den Brückengegnern ungewollt zu Hilfe. Görlitz wird sozusagen für seine relativ solide Haushaltsführung bestraft. Je weniger Kassenkredite, desto niedriger der Fördermittelanteil, sodass die Stadt nur noch mit einer Zweidrittelförderung rechnen kann und ihren Eigenanteil auf 600.000 Euro erhöhen müsste.

Der Stadtrat hob deshalb Ende März seinen Brückenbeschluss vorläufig auf.
 Über das Ziel-3-Programm der EU zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit will man nun zumindest eine 80-prozentige Förderung erreichen. „Wir können nicht mit unserer Rolle als Europastadt werben und uns dann ablehnend verhalten“, so Octavian Ursu. Man müsse über das Vorhaben besser informieren und über die Sicherheitslage besser aufklären, um Bauchgefühle zu korrigieren.
 Auch der Linken-Stadtrat und Landtagsabgeordnete Mirko Schultze glaubt an die Lernfähigkeit der Görlitzer. Er unterscheidet zwischen aufgeklärteren Innenstädtern und den Bewohnern der Plattenbauten. Man müsse auch anerkennen, dass die Drogenkriminalität ein Stammtischthema sei. „Wenn aber erst einmal Park und Brücke da sind, werden sie den Bau als den ihren verteidigen.“

„Man muss über die Sicherheitslage besser aufklären“

OCTAVIAN URSU, CDU-STADTRAT

MICHAEL BARTSCH

taz.genossenschaft

Wir suchen das 15.000. Mitglied!

Mehr als 14.900 GenossInnen sichern die Unabhängigkeit der taz. Jetzt sucht die taz Genossenschaft ihr 15.000stes Mitglied. Denn jede Einlage ab 500 Euro* macht die taz publizistisch und ökonomisch ein Stück beweglicher. Wir verlosen unter allen InteressentInnen ein taz Rad.

* auch zahlbar in 20 Raten à 25 Euro



Ja, ich habe Interesse!
 Bitte senden Sie mir Informationen zur taz Genossenschaft

Vorname _____

Nachname _____

Straße | Hausnr. _____

PLZ | Ort _____

Telefonnr. _____

Weitere Infos unter:
www.taz.de/genossenschaft

die genossenschaft
taz